

Jetzt werden Wildtiere getestet

Virologen befürchten, dass das Coronavirus in Wildtieren mutieren könnte. Seit kurzem werden nun Füchse, Marder und andere frei lebende Tiere getestet – finanziert vom Bund. **Von Angelika Hardegger**

Ist Omikron in einem Tier mutiert? Vorstellbar ist es, wie die Genfer Virologin Isabella Eckerle sagt. «Es gibt die Theorie, dass das Virus in eine Tierart übertragen wurde, dort mutiert ist und dann zurück in den Menschen gekommen ist.» Die Fachwelt nennt das «reverse Zoonose». Virologinen wie Eckerle warnen seit langem vor dieser Gefahr.

Umso «interessanter und relevanter» findet Eckerle, was nun aus der Forschungsdatenbank des Bundes bekannt wird: Seit kurzem werden Füchse, Luchse und andere Schweizer Wildtiere auf das Coronavirus getestet. Zur Anwendung kommt ein PCR-Test, finanziert wird die Beprobung vom Bund. Eine Sprecherin vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sagt: «Die Rolle der Wildtiere muss geklärt werden.»

Bisher sind erst 45 Proben untersucht worden. «Alle waren negativ», sagt Regina Hofmann-Lehmann von der Vetsuisse-Fakultät in Zürich. Sie führt die Untersuchungen durch, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Fisch- und Wildtiergesundheit in Bern. Bis 2023 wollen die Forscherinnen Proben von 1300 Wildtieren auf Antikörper oder virale RNA prüfen.

Die Tierwelt als Reservoir

Seit Beginn der Pandemie sind immer wieder Ansteckungen von Tieren mit dem Coronavirus bekannt geworden. Das beunruhigt Virologen und Biologen nicht nur aufgrund von möglichen Mutationen. Befürchtet wird auch, dass die Tierwelt ein Reservoir für das Virus werden könnte, wenn die Übertragung unter Menschen dereinst abflacht.

Die Schweizer Wildtierbeprobung zielt nun auf Arten, von denen bereits bekannt ist, dass sie hochempfindlich sind für das Virus. Dazu gehören neben Luchsen auch Wildkatzen, Marder, Wiesel oder Dachse. Sogar an Proben von Wölfen sind die Labors interessiert. Ihr Fokus liegt auf Tieren, die nahe der Zivilisation leben. Für eine Übertragung sind diverse Wege denkbar: «Bei Stadtfüchsen und Mardern können wir davon ausgehen, dass sie mit menschlichen Abfällen in direkten Kontakt kommen», erklärt Veterinärmedizinerin Hofmann-Lehmann. Für Wildkatzen ist eine Infektion durch Hauskatzen vorstellbar, da Paarungen häufig sind. «Zudem haben wir Bedenken, dass Wildtiere mit weggeworfenen Masken von Menschen in Berührung kommen könnten.»

Beprobet werden tote Tiere, mit Ausnahme weniger Wildfänge. Die Veterinärmedizinerinnen haben die kantonalen Jagdverwaltungen um Hilfe gebeten. Die Verantwortlichen wurden gebeten, Proben von auf der Jagd erlegten Tieren einzuschicken. Das nationale Programm zur Überwachung der Wildtiergesundheit ruft Jäger und Wildhüter zudem schon heute dazu auf, auffällige Funde totter Tiere zu melden. Diese Proben werden vom Berner Institut für Fisch- und Wildtiergesundheit auf Corona untersucht.

Schlägt eine Probe positiv an, müssten die Viren sequenziert und das Ausmass der Infektion untersucht werden, wie die Veterinär-



medizinerin Hofmann-Lehmann erklärt. Langfristig wäre ein Überwachungsprogramm für die wilde Tierwelt vorstellbar. Hofmann-Lehmann betont: «Die Pandemie ist kein auf den Menschen isoliertes Geschehen.»

Schon heute ist aus Schweizer Tierlabors dokumentiert, dass sich vereinzelt Hauskatzen und Hunde mit dem Coronavirus angesteckt haben. Die infizierten Tiere lebten alle in Haushalten mit positiv getesteten Menschen zusammen. Weltweit sind knapp 600 positive Fälle bei Tieren gemeldet worden, wie aus dem aktuellen Lagebericht der Weltorganisation für Tiergesundheit hervorgeht. Am Freitag meldete der Zoo Antwerpen in Belgien zwei infizierte Nilpferde. In anderen Zoos waren schon früher Gorillas oder Tiger angesteckt worden.

Aus dem Nordosten der Vereinigten Staaten ist zudem bekannt, dass ein Drittel der dort getesteten Weisswedelhirsche Corona-Antikörper aufweisen. Diese Hirsche müssen eine Infektion durchgemacht haben, wie Forscher im Sommer in einem renommierten Fach-

magazin berichteten. Für Veterinärmedizinerin Hofmann-Lehmann kam dieser Befund «sehr überraschend». Ihr Team will nun ebenfalls vereinzelt Hirsche und Rehe beproben. «Für eine Studie wie in den Vereinigten Staaten wäre allerdings eine Projekterweiterung samt Finanzierung notwendig.»

Die Nutztier-Frage stellt sich neu

Seit Beginn der Pandemie untersucht das Veterinärmedizinische Labor in Zürich auch die Frage, ob Nutztiere sich mit dem Coronavirus infizieren. In Dänemark hatte die Regierung vor einem Jahr 17 Millionen Zuchtnerze

«Wir haben Bedenken, dass Wildtiere mit weggeworfenen Abfällen in Berührung kommen könnten.»

keulen lassen. Dies, nachdem bekannt geworden war, dass das Virus in den Tieren mutiert und in einer Variante auf den Menschen zurückgesprungen war. Die Nerze hatten sich wohl durch einen Betreuer angesteckt. Sie wurden auf engstem Raum gehalten. Auch in der Schweiz gibt es grosse Nutztierställe; hauptsächlich Schweine und Hühner werden hierzulande auf kleinem Platz gehalten.

Trotzdem sehen die Behörden keinen Anlass, Nutztiere auf das Coronavirus zu testen. Es gebe keine Hinweise, dass diese sich infizieren könnten, schreibt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen. Die Genfer Virologin Isabella Eckerle bestätigt, dass die Empfänglichkeit von Nutztieren zu Beginn der Pandemie ausführlich untersucht worden sei. Doch aus Sicht der Virologin könnte Omikron die Lage verändern haben: «Die Variante unterscheidet sich sehr von der früher zirkulierenden Viren», sagt Eckerle. Ihrer Ansicht nach wäre es «durchaus sinnvoll», die Empfänglichkeit für die Omikron-Variante neu zu prüfen.

Der Fokus der Corona-Tests liegt auf Tieren wie dem Fuchs, der nahe der Zivilisation lebt.

«Verhöhnt»: SVP Spanien löst sich Ende Jahr auf

2015 hat die SVP Spanien Magdalena Martullo-Blocher zum Wahlsieg verholfen. Aus Frust schmeisst der Präsident den Bettel hin. **Andrea Kučera**

Viktor Nell hat es gesehen. Acht Jahre nachdem der pensionierte Sulzer-Verkaufsmann aus dem Prättigau an der spanischen Costa Dorada die erste Landesektion der SVP gegründet hat, löst Nell die «UDC Sección-Extranjera España» Ende Jahr auf.

Die Gründe: Die «Verhöhnung der SVP-Diaspora im fernen Spanien» und die in Nells Augen extremistischen Ansichten der SVP Schweiz. «Ich will der Partei keins auswaschen», betont der Auslandschweizer, «sondern einfach die aktuelle Situation schildern»: Die Pflege der Auslandschweizer werde von der SVP vernachlässigt, sagt er. Besonders schmerze ihn, dass seit 2013 kein einziger SVP-Parlamentarier den Weg nach Spanien gefunden habe. «Hinzu kommen die zunehmend schwer verständlichen Ansichten der Mutterpartei, etwa die Nein-Parole zum Covid-Gesetz.»

Dabei hatte alles so hoffnungsvoll begonnen: Im April 2015 eröffnete «el presidente» unter Kuhglockengeläut die erste Generalversammlung der SVP Spanien. Kurze Zeit später dann der Triumph: Dank den Stimmen von Nell und seinen Leuten gelang der SVP Graubünden bei den Wahlen 2015 der Sitzgewinn; Magdalena Martullo-Blocher konnte in den Nationalrat einziehen. Sie dankte es Nell mit einem Grusswort anlässlich der Jubiläums-GV 2018: «Ich wäre gerne bei Euch mit dabei!», schrieb sie. Gekommen ist sie indes nie. Wie auch sonst niemand aus der Parteizentrale.

Und so melden sich Nell und seine Hundertschaft – inzwischen hat die Sektion über 100 Mitglieder – nun ab. Bei den Wahlen 2023 wird Martullo-Blocher eine andere Strategie fahren müssen. Den «Trumpf Nells» wird sie nicht mehr spielen können.



Viktor Nell



27 Prozent der über 15-Jährigen hierzulande rauchen – damit liegt die Schweiz über dem europäischen Schnitt.

Rauchen soll viel teurer werden

Acht Jahre nach der letzten Erhöhung der Tabaksteuer verlangt die Antitabak-Lobby eine Verdoppelung der Zigarettenpreise

Andrea Kučera

Diesen März hat das Parlament entschieden, dass künftig neben herkömmlichen auch E-Zigaretten mit einer Tabaksteuer belegt werden sollen. Nun nutzt die Antitabak-Lobby die Gunst der Stunde, um gleichzeitig zur Einführung der neuen Steuer auch eine Verdoppelung des Preises für herkömmliche Zigaretten zu fordern: Statt Fr. 5.50 soll das günstigste im Handel erhältliche Päckchen neu Fr. 10.20 kosten. Der Durchschnittspreis pro Packung soll von 8 auf rund 14 Franken steigen.

«Gemessen am Lohn- und Kostenniveau in der Schweiz sind Fr. 5.50 für ein Päckchen Zigaretten sehr günstig», begründet Wolfgang Kweittel von der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention (AT) den Vorschlag. «Wenn wir die Tabak- und Nikotinprodukte neu differenziert nach dem Gesundheitsrisiko besteuern wollen, muss dieser Preis mittelfristig – in mehreren grossen Schritten – deutlich steigen.» Die Logik dahinter: Werden E-Zigaretten aufgrund der neuen Steuer teurer, so müssen auch herkömmliche Zigaretten verteuert werden, damit nach wie vor ein

finanzieller Anreiz besteht, auf die weniger schädlichen E-Zigaretten umzusteigen.

Der Vorschlag der AT ist breit abgestützt. Dahinter stehen neben der Lungeliga auch die Krebsliga, Sucht Schweiz sowie die FMH, die Dachorganisation der Ärztinnen und Ärzte. Die Gesundheitsorganisationen verweisen auf die grossen Schäden des Tabakkonsums: Pro Jahr sterben in der Schweiz 9500 Menschen an den Folgen des Rauchens, das sind 26 Menschen pro Tag. Zigaretten verursachen Gesundheitskosten in der Höhe von mehreren Milliarden Franken jährlich.

Nur Frankreich ist teurer

Dass höhere Preise den Konsum drosseln, ist unbestritten. Besonders preissensibel sind Jugendliche. Und weil 80 Prozent der Raucher vor ihrem 18. Geburtstag süchtig werden, gilt die Besteuerung als eines der wirksamsten Instrumente der Tabakprävention. Studien zeigen: Ein Preisanstieg von zehn Prozent hat einen Rückgang des Konsums von vier Prozent zur Folge. Bei Jugendlichen könne sogar von einer Reduktion von acht Prozent ausgegangen werden, schreibt das Bundesamt für Gesundheit.

Entsprechend versuchen Länder der weltweit, mit Steuererhöhungen die Tabaksucht zu bekämpfen. Auch der Bundesrat hat die Tabaksteuer zwischen 2003 und 2013 schrittweise um insgesamt Fr. 1.70 pro Packung angehoben. Seither wurde die Tabaksteuer nicht mehr erhöht. Interessanterweise stagniert die Zahl der Raucher in der Schweiz etwa seit dem gleichen Zeitpunkt: Seit 2011 liegt die Raucherquote stabil bei 27 Prozent der über 15-Jährigen. Dieser Wert liegt knapp über dem

europäischen Schnitt. Dieses Verharren auf hohem Niveau ist denn auch der Hauptgrund, weshalb die Antitabak-Lobby den Zigarettenpreis verdoppeln will. Einfach wird es nicht, dieses Anliegen in die Tat umzusetzen. Erstens sind die Preise schon heute hoch: Nur in rund zehn Ländern, darunter Australien, Grossbritannien, Norwegen und Irland, kostet eine Packung Zigaretten mehr als in der Schweiz. Von den Nachbarländern kennt nur Frankreich höhere Zigarettenpreise als

Tabakprävention

Bund plant 2022 den ersten Rauchstopp-Monat

Nächstes Jahr findet in der Schweiz erstmals ein nationaler Rauchstopp-Monat statt. Dies bestätigt der beim Bundesamt für Gesundheit angesiedelte Tabakpräventionsfonds: «Raucherinnen und Raucher, die ihren Tabakkonsum beenden wollen, sollen mit dem Rauchstopp-Monat dazu motiviert werden, gemeinsam einen Monat lang rauchfrei zu bleiben. Damit soll die Basis für

einen langfristigen Rauchstopp gelegt werden.» Als Vorbild für die Aktion dienen Grossbritannien und Frankreich, wo solche Angebote bereits bestehen. Ziel ist, in der ersten Ausgabe 10 000 ausstiegswillige Raucher zu erreichen. Ex-Raucher sollen diese während des Rauchstopp-Monats unterstützen. In welchem Monat die Aktion durchgeführt wird, ist noch nicht entschieden. (aku.)

Impfkosten

Bund erhöht den Preis für Impfungen massiv

Wenn es um Impfstoff gegen Covid-19 geht, ist der Bund die zentrale Drehscheibe. Er kauft ihn ein und verteilt ihn an die Leistungserbringer. Und er legt den Preis fest, den die Kassen dafür zu bezahlen haben. Nun hat er einen massiven Preisaufschlag fürs neue Jahr angekündigt – von 5 auf 25 Franken pro Dosis. Eine Begründung gibt es nicht in dem Schreiben an Kantone und Kassen, das dieser Zeitung vorliegt.

Auch auf Anfrage gibt sich das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bedeckt. Es schreibt lediglich von einer «Anpassung an die aktuellen Entwicklungen». Und: Es hätten «bestimmte Unsicherheiten bestanden, als damals die 5 Franken festgelegt worden seien. Wie viel der Bund den Herstellern bezahlt, will er nicht sagen. Es

handelt sich um «vertrauliche vertragliche Vereinbarungen mit den Impfstoffherstellern».

Wie aus gut informierten Kreisen zu hören ist, hat sich der Bund verschätzt. Er sei ursprünglich davon ausgegangen, dass grosse Mengen der relativ günstigen Impfstoffe von Novavax und AstraZeneca verwendet würden, heisst es. Doch AstraZeneca hat das Zulassungsgesuch zurückgezogen, und das von Novavax ist pendent. Eingesetzt werden nun die wohl teureren Produkte von Moderna und Pfizer-Biontech. Zudem sollen dem Vernehmen nach die beiden Hersteller die Preise für nächstes Jahr erhöht haben. Dazu will das BAG keine Stellung nehmen.

Die beiden Krankenkassenverbände Santésuisse und Curafutura reagieren irritiert auf

den Aufschlag. «Wir sind schon erstaunt über diese kurzfristige Verfünfachung», sagt Matthias Müller, Sprecher von Santé-suisse. Und Curafutura-Direktor Plus Zängler kritisiert, das BAG habe im September trotz vehementer Nachfrage nichts über die Höhe der geplanten Anpassungen gesagt und nur generell über das Vorgehen informiert: «Wir verstehen unsere Mitglieder, die sich über dieses Vorgehen ärgern.»

Wie hoch die Kosten für die Kassen tatsächlich sein werden, hängt von mehreren Faktoren ab: Wie viele Personen lassen sich 2022 erstmals impfen? Wie viele lassen sich boostern? Werden auch Kinder geimpft? Braucht es einen zweiten Booster? Santé-suisse rechnet mit 250 bis 400 Millionen Franken. Das BAG geht von lediglich 125

Millionen aus, da es mit 5 Millionen Dosen kalkuliert. Zum Vergleich: Ein Krankenkassen-Prämienprozent entspricht rund 340 Millionen Franken.

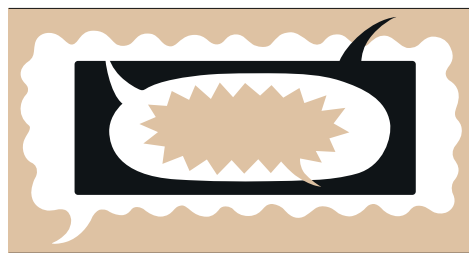
Kommt dazu, dass die Kassen 2022 den Leistungserbringern auch mehr für das Verabreichen der Impfungen bezahlen müssen: Für die Dienstleistung in den Impfzentren sind es neu 20 Franken (bisher Fr. 14.50) und in den Arztpraxen 29 Franken (bisher Fr. 16.50). Diese Tarife haben die Kassen mit den Kantonen so ausgehandelt.

Dennoch sollen die Versicherer von diesen Erhöhungen nichts spüren, betonen sowohl Santé-suisse als auch Curafutura. «Diese Kosten können über die Reserven aufgefangen werden», sagt Müller. Viel stärker ins Gewicht falle die allgemeine Kostensteigerung im

Gesundheitswesen, die 2021 rund 5 Prozent betrug.

Gerade vor diesem Hintergrund stösst das Vorgehen des Bundes bei Gesundheitspolitikerinnen auf Kritik. «Die Kosten der Pandemie sollen über Steuerfelder finanziert werden und nicht auf die Kassen, und damit die Prämienzahlenden, abgewälzt werden», sagt Barbara Gysi (sp.). Auch für Thomas de Courten (svp) ist der Entscheid «nicht nachvollziehbar. Weder sachlich noch preislich.» Mitte-Politikerin Ruth Humbel bezeichnet vor allem den Zeitpunkt dieser Erhöhung mitten in der Corona-Krise als «sehr speziell». «Wenn diese dann einmal vorbei ist, ist es sicher richtig, wenn die gesamten Impfkosten von den Kassen übernommen werden.» **René Donzè**

Alain küsst die Kompetenz der Kantone wach



Showdown
Stefan Bühler

Wo liegt eigentlich die Kompetenz der Kantone? Wie gross ist sie? Und vor allem: Was hat alles Platz in ihren Armen?

Diese Fragen sind in der Pandemie von herausragender Bedeutung, denn Alain Berset zweithäufigster Satz lautet: «Das liegt in der Kompetenz der Kantone», gleich nach: «Wir

wissen es nicht.» Fast alles liegt in der Kompetenz der Kantone: die Schulen, die Tests, der Booster, der Flickenteppich. Doch jedes Mal, wenn er es sagt, dieses: «Das liegt in der Kompetenz der Kantone», frage ich mich: «Haben die Kantone Kompetenzen, oder sind sie kompetent? Darauf gibt es nur eine unbefriedigende Antwort (haben, nicht sein), deshalb stelle ich mir lieber vor, wie Alain die von ihm so verehrte Kompetenz der Kantone wachzuküssen versucht, so wie einst der aufgekratzte Prinz, der sich durch das Dornengestrüpp gekämpft hatte, um Dornröschen aus ihrem hundertjährigen Schlaf zu wecken. Und wie sie, Dornröschen, beziehungsweise die Kompetenz der Kantone, ihn schlaftrunken fragt: «Weisst du, wie es meiner lieben Schwester geht, der Eigenverantwortung?» Worauf Alain zum Handy greift und mit seinem welschen Accent sagt: «Ich werde sogleich an sie appellieren!» Er erreicht jedoch lediglich die Combo, in der in Endlosschleife das Lied der Boss-Buebe

läuft: «S'isch ja nur es chlieses Träumli gsy ...» Doch Alain, besesselt vom Wunsch, der Kompetenz der Kantone zu gefallen, bleibt dran. Tatsächlich meldet sich nach 17 «Träumli» Durchläufen eine Stimme: «Sie wünschen?» «Die Eigenverantwortung», sagt Alain erwartungsfroh. Die Stimme: «Ich stelle durch.» Doch nach drei weiteren «Träumli»-Refrains meldet sich nicht die Eigenverantwortung, sondern Casimir Platzler: «Hier Rumpelstilzchen, was wollen Sie?» «Die Eigenverantwortung, ist sie da?» Worauf Casimir antwortet: «Falsch verbunden» stiiiiiip. Alain, zusehends verzweifelt, startet einen neuen Versuch, vertritt sich aber in der Aufregung und landet bei der Konferenz der Kantonsregierungen. In der Leitung tönt es wie auf dem Blocksberg in der Walpurgisnacht, ein Kreischen und Keifen allenthalben, kein einziger klarer Satz ist zu hören. Diesmal legt Alain von sich aus auf. Aus Rücklicht auf die Kompetenz der Kantone, beziehungsweise auf Dornröschen: Es ist wieder eingeschlagen.

Classe politique

Iréne Kälin, Auserwählte, hat diese Woche den Präsidentinnenstuhl im Nationalrat erklommen und gilt nun als höchste Schweizerin. In einem Video sagt die grüne Aargauerin, dieser Erfolg habe «viel mit Schicksal und Zufall» zu tun. Eine interessante Kombination von Vor-sehung und Fügung – wobei die Religionswissenschaftlerinnen offenlassen, ob ihre Wahl zur Nationalratspräsidentin als Zufall in ihrem Schicksal angelegt war oder ob ihr dieses Schicksal rein zufällig zuteilgeworden ist.

Thomas Hefti, Erfolge, hat als neuer Ständeratspräsident auch ein Video gedreht: «Meine Familie war immer politisch interessiert, das ging zurück bis zu den



Iréne Kälin



Thomas Hefti

Urgrossvätern», sagt er darin. Der Fall ist also klarer als bei Kälin: Politik ist beim freisinnigen Glarner genetik verankert, folglich Schicksal und kein Zufall. Weniger greifbar ist sein Motto für das Präsidentschaftsjahr. Es lautet: «Der Ständerat, la chambre de réflexion.» Bleibt zu hoffen, dass beim Nachdenken in der kleinen Kammer mehr herauskommt als beim Brainstorming fürs Motto.